



«Jetzt muss der Turbo gezündet werden»

Kritik am Stadtrat Zürich solle nun rasch vorwärtskommen mit dem Bau zusätzlicher Alterswohnungen. Dies verlangt eine Volksinitiative, die gestern mit 7000 Unterschriften eingereicht worden ist.

Martin Huber



Das Initiativkomitee gestern bei der Übergabe der gesammelten Unterschriften vor dem Stadthaus. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Die Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich» fordert 2000 zusätzliche preisgünstige Alterswohnungen in Zürich bis 2035. Dafür soll der wohnpolitische Grundsatzartikel der Gemeindeordnung mit einem Zusatz ergänzt werden.

«Jetzt muss der Turbo gezündet werden», sagte AL-Gemeinderat Walter Angst, Mitglied des Initiativkomitees, gestern vor den Medien. Der Bau preisgünstiger Alterswohnungen brauche in Zürich dringend einen Schub, das Thema gehöre ganz nach oben auf der Prioritätenliste der Zürcher Stadtregierung.

Viele im Ungewissen

Der Bedarf sei unbestritten, sagte Angst, der bei den Wahlen im Februar für den Stadtrat kandidiert. Schon jetzt befänden sich mehr als 4000 Menschen auf der Warteliste für eine Alterswohnung. Die Dringlichkeit belege

auch der Umstand, dass Seniorinnen und Senioren mit gekündigtem Mietverhältnis seit kurzem erst vier Monate vor dem letzten Auszugstermin auf die Notfallliste der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) aufgenommen würden. «Ältere Menschen bis vier Monate vor einer drohenden Ausweisung aus ihrer Wohnung im Ungewissen warten zu lassen, ist eine unwürdige Abschüfeli-Praxis auf Kosten der Be-



troffenen», sagte Angst.

Die mit 7000 Unterschriften eingereichte Initiative verlangt vom Stadtrat ein umfassendes Wohnbauprogramm für das Alter. So soll er nicht nur bei allen kommunalen Wohnbauprojekten den Bau von Alterswohnungen prüfen, sondern auch bei der Vergabe von Baurechten. Zudem

«Die Zeit läuft, 2035 brauchen einige von uns keine Wohnung mehr!»

Monika Bühler
Initiativkomitee

solle das Amt für Städtebau bei Planungsvorhaben den Bau von preisgünstigen Alterswohnungen systematisch einfordern. Ein grösseres Angebot an altersgerechten Wohnungen helfe auch jungen Familien, die dann in fre werdende Familienwohnungen einziehen könnten, betonte das Initiativkomitee.

Dieses wird unterstützt von der Alternativen Liste, der Evangelischen Volkspartei, der Grünen Partei und der Partei der Arbeit, dem Mieterverband, der Gewerkschaft Unia und dem Verein Avivo, der sich für die Rechte der Rent-

nerinnen und Rentner einsetzt.

Auslöser für die Initiative war die geplante Abschaffung der Warteliste bei der Stiftung Alterswohnungen, die derzeit rund 2000 altersgerechte Wohnungen mit günstigem Mietzins anbietet. Letzten Sommer hatte die Stiftung bekannt gegeben, sie wolle die Wohnungen neu nach einem Lossystem vergeben. Dies entfachte einen Entrüstungsturm bei Seniorinnen und Senioren, die sich gegen diese «Lotterie» wehrten. Unter dem öffentlichen Druck sistierte der Stadtrat die Änderung vorerst bis 2024.

«Die Abschaffung dieser Liste kommt für uns nicht infrage», erklärte Monika Bühler, die den Protest mitorganisiert hat. Man erwarte von GLP-Stadtrat Andreas Hauri eine klare Aussage, dass es kein Lossystem geben werde. Bühler forderte die Stadt auf, «schnell und effizient» neue Alterswohnungen zu schaffen: «Die Zeit läuft, 2035 brauchen einige von uns keine Wohnung mehr!»

Stadt hat eigene Planung

Hauri hatte im November angekündigt, dass es bis 2035 in Zürich 1000 neue Alterswohnungen geben solle. Das sei realistisch, erklärte er letzte Woche auf Anfrage. Die Stiftung Alterswoh-

nungen plane Neubauten und die Nachverdichtung in bestehenden Siedlungen, womit bis 2040 rund 900 Wohnungen entstünden. In Ergänzung zu ihren derzeit 34 Siedlungen suche die SAW zudem kleinere Liegenschaften als «Satelliten» grösserer Siedlungen.

Zur Kritik am Systemwechsel bei der Vergabe der Alterswohnungen äusserte sich Hauri vor wenigen Tagen in einem Interview mit dieser Zeitung. Die Warteliste, wie sie sich heute darstelle, sei längerfristig nicht mehr zeitgemäss. Zehn oder mehr Jahre auf eine Wohnung zu warten, könne nicht die Lösung sein. Er habe die Einführung eines neuen Systems bis 2024 verschoben und suche nach geeigneteren Wegen, dabei werde man sich «mit den verschiedenen Interessengruppen austauschen».

Auch SP mit Wohninitiative
Mit einer Wohninitiative ist – pünktlich vor den Wahlen – auch die Zürcher SP am Start. Sie will alle städtischen Wohnbaustiftungen mit Millionenbeträgen alimentieren, damit sie mehr Liegenschaften kaufen können. 100 Millionen Franken Stiftungskapital soll dabei die Stiftung Alterswohnungen erhalten.